



Pressemitteilung #04-2021

Stuttgart, 3. März 2021

1,2,3,4,5,6, sieben Wahlprüfsteine des Landesverbandes der Kunstschulen zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg und die Antworten der Parteien darauf

Inzwischen liegen die Wahlprogramme der Parteien zur Landtagswahl am 14. März 2021 vor. Darin werden auch die Positionen zu Kultur und Bildung umrissen.

Der Landesverband der Kunstschulen Baden-Württemberg hat in diesem Jahr erstmals die Parteien mit Wahlprüfsteinen zu ihren Positionen in Bezug auf die Kunstschularbeit befragt.

In den vergangenen zwei Legislaturperioden konnte u.a. mit der Erhöhung der Landesförderung von 10% auf 12,5% der Ausgaben für das pädagogische Personal (2020) und der Einrichtung einer Geschäftsstelle (2014) viel für die Kunstschularbeit vor Ort sowie die Professionalisierung der Verbandsarbeit getan werden. Damit diese wichtige Entwicklung fortgesetzt werden kann, braucht es aber noch weitere Unterstützung durch die Landespolitik.

Den Parteien, die bei der Landtagswahl laut Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mindestens 3% der Stimmen bekommen werden, wurden mit den Wahlprüfsteinen befragt. Dies sind Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP/DVP, AfD und DIE LINKE.

In den verschiedenen Bereichen wurden Themen benannt und dazu konkrete Fragen formuliert, um zu erfahren, wie die Parteien in Baden-Württemberg die Entwicklung der Kunstschularbeit in Zukunft begleiten und unterstützen werden. Alle Parteien haben die Fragen beantwortet und damit ihre Positionen für die kommende Legislaturperiode formuliert. Geschäftsführerin Sabine Brandes zum Rücklauf der Antworten: „Dass alle angefragten Parteien geantwortet haben, freut uns sehr und verdeutlicht, dass unsere Fragen und wir als Vertreter der ästhetischen Kinder- und Jugendbildung ernst genommen werden.“

In dieser Pressemitteilung sind die wichtigsten Positionen zusammengefasst. Die detaillierten Ausführungen der Parteien sowie unsere Datei mit den 7 Wahlprüfsteinen finden sich auf unserer Homepage unter:

https://www.jugendkunstschulen.de/aktuelles/detail?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=55&cHash=61a17cecc5d3ae10500a8ea121d9e728

Mitglied im Vorstand Thomas Becker freut sich, „dass es quer durch alle Parteien einen breiten Konsens in Bezug auf die hohe Bedeutung von Kultureller Bildung gibt. Nun gilt es das auch in konkrete Maßnahmen zu überführen. Wir stehen mit guten Konzepten bereit – und werden beharrlich auf Einlösung des Versprochenen pochen.“

„Natürlich kann diese Positionierung nur ein Baustein für eine Wahlentscheidung sein.“ sagt Vorstandsmitglied Christine Lutz, „Aber die wahlberechtigten Angehörigen unserer jährlich rund 60.000 Teilnehmenden werden sich vielleicht auch daran orientieren.“

Für Vorständin Dorothee Müller sind die Wahlprüfsteine eine Basis für den zukünftigen Austausch: „Wir hoffen, dass unsere Anliegen bei den Parteien als Denkanstöße wahrgenommen werden, über die wir in der kommenden Legislaturperiode in einen konstruktiven Austausch eintreten möchten.“

1. Fortentwicklung der Kunstschullandschaft

Alle Parteien sind sich darin einig, dass die Kunstschulen einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung in Baden-Württemberg leisten. Sie halten deshalb eine Überprüfung der finanziellen Möglichkeiten zur Erhöhung der Landesförderung für Kunstschulen für sinnvoll.

Die GRÜNEN weisen auf die Gründung des Kompetenzzentrums für Kulturelle Bildung und Vermittlung und auf die Erhöhung der Förderung für das pädagogische Personal hin. Außerdem halten sie – ähnlich wie DIE LINKE – eine Überarbeitung des Jugendbildungsgesetzes für möglich, um eine dauerhafte Erhöhung abzusichern. Die AfD möchte dafür den Fokus auf die Finanzierung der jeweiligen Kommunen setzen. Die CDU fordert eine Erhöhung der Landesförderung auf 15 % der anerkannten Kosten für das pädagogische Personal. Auch DIE LINKE plant eine Erhöhung der Fördermittel im Kunst- und Kulturbereich und hält zusätzliche Mittel für möglich, allerdings mit dem Fokus auf queere und migrantische Kunst und Kultur.

Einig sind sich die Parteien auch bei der Notwendigkeit von Anschubprogrammen für Kunstschulinitiativen, um weiße Flecken auf der Kunstschulkarte zu füllen. Die SPD weist hierbei auf den Kontext der verschiedenen Trägermodelle hin. DIE LINKE hebt die finanzielle Verantwortung des Bundes bei der Kulturförderung hervor.

Die AfD hält aus Gründen der Subsidiarität Vorschläge zur Unterstützung der Kommunen durch das Land für nachhaltige Arbeitsverhältnisse nicht für sinnvoll. Alle anderen Parteien begrüßen die Unterstützung der Kommunen, die GRÜNEN wollen dafür die Zuschüsse des Landes an Vorgaben knüpfen, wie die Arbeitsverhältnisse auszugestaltet sind. DIE LINKE betont, dass Festangestellte angemessen vergütet werden sollen und Honorarverträge sich an den Tarifvereinbarungen für vergleichbare Tätigkeiten orientieren sollten. Des

Weiteren spricht sie sich für eine Reformierung der Sozialversicherungssysteme auf Bundesebene aus, um eine soziale Absicherung für Freiberufler*innen und Selbstständige zu ermöglichen.

DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE vertreten die Ansicht, dass hauptsächlich die Hochschulen in der Verantwortung für ein attraktives Berufsbild von Kunstpädagog*innen stehen. Die SPD fügt die Möglichkeit von hochschulrechtlichen Maßnahmen hinzu und die GRÜNEN zeigen sich offen für Gespräche. DIE LINKE spricht sich dafür aus, ästhetische Bildung und das Fach Kunst an Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen von Kunstpädagog*innen durch den Zugang zu Arbeitslosen- und Rentenversicherungen aufzuwerten. DIE LINKE weist außerdem auf das Anliegen eines kooperativen Kulturföderalismus für Bund, Länder und Kommunen hin.

2. Unterstützung der Digitalisierung

Alle Parteien sind sich des akuten Bedarfs an Ausstattung mit digitalen Hilfsmitteln an Kunstschulen – auch mit Blick auf neue Kunstformen – bewusst und befürworten Gespräche über Unterstützungsmöglichkeiten für außerschulische Bildungseinrichtungen.

Jedoch halten sowohl die GRÜNEN als auch die SPD eine Einbindung in den Digitalpakt der Schulen nicht für möglich. Stattdessen sollen die Ergebnisse des Kulturdialogs 2020 umgesetzt werden bzw. Digitalisierung in zukünftigen Fördergesprächen thematisiert werden.

Die FDP und auch DIE LINKE halten eine Öffnung des bestehenden Digitalpakts für außerschulische Bildungseinrichtungen ausdrücklich für unterstützenswert. Überdies will die FDP für eine Einbeziehung der außerschulischen Bildungseinrichtungen in den Digitalpakt 2.0 eintreten. Die AfD schlägt Kooperationen mit Schulen vor Ort vor und betont die Zuständigkeit der Kommunen.

3. Förderung von Bildungslandschaften

Kultureller Bildung in Schulen wird von allen Parteien ein hoher Stellenwert beigemessen. Die CDU besteht deshalb auch auf der Einbeziehung Kultureller Bildung in die Weiterentwicklung von Bildungsplänen und Leitperspektiven. Gerade das Konzept der (offenen) Ganztagschule wird von allen Parteien als gute Möglichkeit zur stärkeren Einbindung der Kunstschulen in die Bildungsinfrastruktur erachtet.

Darüber hinaus verweist die FDP auf die Bedeutung der Eigenständigkeit und Gestaltungsfreiheit für eigene inhaltliche Schwerpunkte von musisch-künstlerischen Fächern.

DIE LINKE spricht sich für einen dem MINT-Aktionsplan gleichwertigen „Aktionsplan für musisch-künstlerisch-kreative Bildung“ und für eine Entfristung



und finanzielle Aufstockung des Programms „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ aus. Sie fordert einen ressortübergreifenden Diskurs für eine Überarbeitung der bisherigen Förderrichtlinien.

Mit Blick auf die Idee, regionale Kompetenzzentren zu entwickeln, weist die SPD auf die Notwendigkeit der Überprüfung der Situationen vor Ort hin und die CDU plant Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden. Die FDP zeigt sich sehr aufgeschlossen und schlägt eine Umsetzung im Rahmen von Bildungsregionen vor. Die AfD hingegen betont auch hier wieder die Zuständigkeit der Kommunen. DIE LINKE hebt die Notwendigkeit von kultureller Teilhabe gerade außerhalb von urbanen Zentren hervor und fordert dafür eine nachhaltige Schaffung guter Rahmenbedingungen für künstlerische Prozesse.

Die Aufsetzung von eigenen Förderprogrammen zu Kooperationen von Schulen und Kitas mit den Kunstschulen sehen die GRÜNEN nicht, stattdessen wollen sie die bisherigen finanziellen Mittel verstetigen und wie auch die SPD finanzielle und bürokratische Hürden abbauen. Auch DIE LINKE spricht sich für die Verstetigung der Kooperationsmittel aus. Die FDP macht den Vorschlag, jede Schule mit einem Budget für Kooperationen mit außerschulischen Partnern auszustatten. Die AfD befürwortet Kooperationen, die vor Ort geplant und finanziert werden.

4. Verbesserung der Projektförderung

Sowohl die GRÜNEN als auch SPD und FDP sprechen sich für eine Verstetigung der bisher nur temporär bewilligten Kooperationsmittel aus. Die AfD sieht das nicht so.

Alle Parteien befürworten eine Überprüfung der bisherigen Ressortgebundenheit bei Ausschreibungen für Projektförderungen im Kunst-, Bildungs-, und Jugendbereich auf mögliche Erleichterungen. Von den GRÜNEN wird hierbei auch die Rolle des Kompetenzzentrums für Kulturelle Bildung und Vermittlung herausgehoben. Die SPD zeigt sich offen für Gespräche und die FDP schlägt vor, den Umfang der Kooperationen von Kunstschulen mit gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der Zuständigkeit des Kultusministeriums transparent zu machen, um eine Berücksichtigung bei der Haushaltsaufstellung zu ermöglichen. DIE LINKE unterstützt Förderung, die inklusiv, integrativ und generationenübergreifend ist.

5. Erwachsenenangebote gleichstellen

Altersübergreifende Angebote an Kunstschulen werden von allen Parteien positiv bewertet. Die AfD befürchtet allerdings Parallelstrukturen gegenüber den Volkshochschulen und schlägt deswegen ähnlich wie die SPD verstärkte Vernetzungen der verschiedenen Anbieter im Bereich der Kulturellen Bildung vor.

Konkrete Aussagen zur finanziellen Förderung von Angeboten für Erwachsene durch das Land hat jedoch außer der CDU keine Partei gemacht. Die CDU spricht sich für eine gute strukturelle Förderung der Kunstschulen aus, steht aber einer

eigenen Förderlinie für Kunstschulen aufgrund des Anliegens von Förderklarheit und Fördereinheit skeptisch gegenüber.

6. Entwicklung der Verbandsarbeit

Die GRÜNEN wollen sich für eine verlässliche Finanzierung der Geschäftsstelle des Landesverbands der Kunstschulen einsetzen. Auch CDU, SPD und FDP sprechen sich – unter der Voraussetzung der Überprüfung der finanziellen Möglichkeiten – für die finanzielle Anpassung an die steigende Bedeutung der Verbandsarbeit aus. DIE LINKE befürwortet uneingeschränkt einen Aufwuchs der Mittel für die Geschäftsstelle. Die AfD möchte sich nicht konkret zu den Mitteln der Geschäftsstelle äußern, gibt aber generell an, dass sie für eine solide Haushaltsführung und einen schlanken, aber effektiven Staat stehe.

7. Qualifizierung und Fortbildung

Alle Parteien plädieren für die Unterstützung von Fort- und Weiterbildungen zur Sicherung der Qualität der Kunstschulen mit einer auskömmlichen Finanzierung, beziehungsweise einer Aufstockung der Landesmittel. Die FDP benennt in diesem Zusammenhang mit Gutscheinen und einem Midlife-BAföG auch andere Instrumente zur Finanzierung.

Die Kunstschulen in Baden-Württemberg

Aktuell sind 39 Jugendkunstschulen Mitglied im Landesverband der Kunstschulen Baden-Württemberg. In ihren Häusern, die ganz unterschiedliche Trägermodelle haben (u.a. kommunal, Verein, Stiftung oder unter dem Dach von Volkshochschulen oder Musikschulen), leisten sie – an mehr als 100 Standorten im Land – wichtige Grundlagenarbeit für die ästhetische Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und fördern besondere Begabungen. Darüber hinaus sind Kunstschulen für allgemeinbildende Schulen aller Schularten ein wichtiger Bildungspartner. Kinder und Jugendliche erhalten professionelle, künstlerische Arbeitsmöglichkeiten und eine öffentliche Plattform für die Darbietung ihrer Arbeitsergebnisse u.a. in Kunstausstellungen, in Theater-, Musiktheater, Musical- und Tanzinszenierungen. Auf der Basis eines prozessorientierten Arbeitskonzeptes, bei dem selbst erlebte und eigentätige Erfahrungen im Mittelpunkt stehen, nehmen jährlich rund 58.000 junge Menschen künstlerisch-kulturelle Angebote der Jugendkunstschulen wahr. Weitere Informationen: www.jugendkunstschulen.de